

Abgehängt im »Angleichungsprozess«

Wirtschaftsforum beklagt Rückstand Ostdeutschlands gegenüber dem Westen

Von Reinhard Lauterbach

Das Klagen sei des Kaufmanns Gruß, sagt ein altes Sprichwort. So ist es wenig erstaunlich, dass auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum, das seit Sonntag und bis diesen Dienstag in Bad Saarow tagt, die kritischen Töne überwogen. Die anwesenden Unternehmensvertreter monierten das Übliche: zu hohe Steuern und Abgaben, zu viel Bürokratie, zu teure Energie – all das hemme die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, den sogenannten Aufholprozess. Als wäre der Strom in Baden-Württemberg billiger als in Brandenburg, und als ginge das Unternehmensgründen dort schneller.

Auf 84 Prozent des westdeutschen Niveaus beziffert eine kurz vor der Veranstaltung veröffentlichte Studie das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung. Das Durchschnittseinkommen lag 2025 im Osten pro Haushalt bei 34.000 Euro jährlich, im Westen waren es im selben Zeitraum knapp 40.000. Wobei dabei natürlich alle Einkünfte im Haushalt zusammengezählt werden. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) meinte es wahrscheinlich überhaupt nicht ironisch, als es im vergangenen Herbst davon sprach, dass der »Angleichungsprozess« bei den Löhnen im untersten Zehntel praktisch abgeschlossen sei. Nur, dass eben im Osten mehr Menschen als im Westen mit dem Mindestlohn abgespeist werden. Gleichzeitig ist die Zahl der tarifgebundenen Unternehmen niedriger als im Westen: So ist der Abschluss von Tarifverträgen, den die Autoren der genannten WSI-Meldung treuherzig als Weg zu besseren Einkommen empfehlen, oft ein ziemlich theoretischer.

Die nächste Klageformel des Unternehmertreffens am Scharmützelsee: der Fachkräftemangel. Bis 2035 werde die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte um nochmals sieben Prozent unter den heutigen Stand sinken. Und die in den Westen abgewanderten Frauen aus Ostdeutschland bekommen ihre Kinder, wenn, dann eben in Stuttgart und nicht in Stralsund.

Positives wurde aber auch erwähnt: Es gebe noch kaum Betriebe der »Verteidigungsindustrie« im Osten, da könne der Staat noch einige »Impulse« setzen. Zumal dort noch große Freiflächen zu Investitionen einluden. Chancen ohne Ende. Aber wenn niemand dort investieren will, weil es sich nicht lohnt? Im Frühjahr beispielsweise kam aus Erfurt die Meldung, dass der Textilienhändler Zalando sein dortiges Logistikzentrum im September 2026 schließt, davon sind rund 2.700 Beschäftigte betroffen. Gleichzeitig rühmt sich das Unternehmen, seine Werbung inzwischen zu 98 Prozent über sogenannte künstliche Intelligenz abzuwickeln. Also ganz konkret: Wieder ein paar Jobs

weniger in den entsprechenden Abteilungen – ohne diese als gesellschaftlich notwendig einstufen zu wollen.

Ein weiterer Klagepunkt war dagegen Zustand der Verkehrsinfrastruktur. Es stimmt schon: Hinter Berlin hört die deutsche Bahnwelt praktisch auf. Es gibt nur zwei doppelgleisige Bahnübergänge nach Polen, ansonsten sind die Strecken so geblieben, wie sie nach den Reparationsleistungen an die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg existierten: eingleisig und nicht elektrifiziert. Der Ausbau verläuft, wie regional beklagt wird, im Schnecken tempo, etwa zwischen Angermünde und Szczecin, wo auf der polnischen Seite schon längst Oberleitungen stehen. Die Ostbahn zwischen Berlin und Kostrzyn nad Odrą wurde in diesem Frühjahr wegen Instandsetzungsarbeiten gleich für zwei Monate voll gesperrt. Gleichzeitig stauen sich auf der A 12 die Fahrzeuge bei der Einreise nach Deutschland über Kilometer, weil auf der deutschen Seite der Grenze die Bundespolizei kontrolliert, ob jemand aussieht wie ein potentieller Migrant.

Eines aber blüht in Ostdeutschland: der kleine Grenzhandel. Neben dem Basar in Słubice auf der polnischen Seite der Oder gibt es inzwischen einen Einkaufstourismus von Polen und in Polen lebenden Ukrainern. In der Filiale eines bekannten Drogeriemarkts mit Zentrale im fernen Karlsruhe hängen an den Regalen Schilder deren Sprachen: Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen, nicht mehr als fünf Packungen pro Kunde. Schließlich will sich das Unternehmen, das nach Polen expandiert ist und dort höhere Preise verlangt als in seinen deutschen Märkten, nicht selbst Konkurrenz machen. Als akzentfreier Deutscher kauft man indes soviel man will.

<https://www.jungewelt.de/artikel/523466.ostdeutsches-wirtschaftsforum-abgehangt-im-angleichungsprozess.html>